

Davon sind im Endeffekt nicht nur jedes einzelne Bundesland, sondern auch die regionalen Wirtschaftsbetriebe, deren Bediensteten sowie jeder Soldat und Soldatin und Grundwehrdiener persönlich betroffen.

Schon 2015 beschloss das Parlament einen gemeinsamen Schulterschluss aller Parteien im Nationalrat für das Bundesheer. Der Appell des Generalstabschefs vom März 2019 sowie dessen Fortschreibung im Bericht ‚Unser Heer 2030‘ und damit die Bemühungen von insgesamt drei Bundesministern für Landesverteidigung Doskozil, Kunasek und Starlinger werden von der ÖVP beinhart ignoriert und damit die Zukunft des Österreichischen Bundesheeres sowie die Sicherheit Österreichs fahrlässig aufs Spiel gesetzt.

Die unterfertigten Bundesräte stellen daher folgenden

Entschließungsantrag

Der Bundesrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung wird aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass keine Kasernen beziehungsweise andere Standorte geschlossen und verkauft werden, vielmehr deren Sanierung und Modernisierung vorangetrieben wird.“



